

13.25

Bundesrat Martin Preiner (ÖVP, Niederösterreich): Geschätzter Herr Präsident! Frau Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren! Wir diskutieren das Ökostromgesetz, und es gilt eigentlich in Österreich, dass wir immer einen sehr breiten Konsens haben, wenn es um das Thema Umwelt und darum, dass Österreich ein Umweltland ist, geht. Wir haben einen sehr, sehr breiten Konsens, wenn es darum geht, dass Österreich ein atomfreies Land ist. Das wurde sogar mit einer Volksabstimmung besiegelt.

Im Bereich der Klimapolitik haben wir einen langen Weg beginnend von Kyoto über Marrakesch und Paris bis Katowice hinter uns. Wir haben auch ein klares Ziel, eine Mission, bis 2030 100 Prozent der Stromproduktion auf erneuerbare Energie umzustellen. Geschätzte Damen und Herren, der Weg begann 2002 mit dem ersten Ökostromgesetz, das dazu dient, Strom aus erneuerbaren Energien, aus Kleinwasserkraft, Wind, Photovoltaik, Biogas und letztlich auch aus Biomasse, aus Holz marktfähig zu machen. Es wurde ein Ausgleichssystem installiert, um diesen doch teureren Strom am Markt zu etablieren. Teurer ist er deswegen, weil Atomstrom, Erdöl und Erdgas auf Plünderungstarifen basieren und auf Kosten der Umwelt, des Klimas und letztlich auf Kosten der nächsten Generation gefördert und verwendet werden. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, langjährige Nachhaltigkeitspolitik darf nicht an der Kurzsichtigkeit der Opposition heute scheitern. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Dieses Ökostromgesetz 2002 wurde unter einer ÖVP-FPÖ-Regierung mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen, und das heißt, auch mit den Stimmen der SPÖ. Es wurde 2006 mehrmals novelliert, auch mit Zweidrittelmehrheit, auch mit den Stimmen der SPÖ. 2007, 2008, 2009, 2012 und 2017, also auch unter SPÖ-ÖVP-Regierungen, gab es immer wieder Novellen, weil eben angepasst werden musste, und immer gab es eine Zweidrittelmehrheit, weil dieses Gesetz eben eine Zweidrittelmehrheit braucht.

Der Ökostromzuschlag, von dem wir reden und den dieses Ökostromgesetz regelt, ist in dem Sinn keine Steuer. Die 140, 150 Millionen Euro sind keine Mittel aus dem Budget, sondern eine Umlage, die jeder Stromkonsument bezahlt.

Geschätzte Damen und Herren, das diskutierte Gesetz ist kein neues Gesetz, sondern eine Verlängerung für über 40 Biomasseanlagen, die das brauchen, weil nach 13 Jahren ein Fördersystem oder eine Förderzusage abläuft. Es ist wirklich schwer zu verstehen, wozu man eine Begutachtung für ein Gesetz braucht, das bestens bekannt ist. *(Bundesrat Weber: Wozu auch Experten anhören?!)*

Ein Fortbestand dieser Anlagen ist notwendig. Wenn wir das 100-Prozent-Ziel erreichen wollen, dann müssen wir den Fortbestand bestehender Anlagen unterstützen, und dafür brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Ich bedanke mich bei den Grünen, die diesen Weg mitgehen.

Kollege Novak hat uns erklärt, dass wir da in Österreich von 1 Prozent des Stroms reden. Kollege Brunner meint, es könnte ein bisschen mehr sein, aber 1 Prozent ist es mindestens. Es liegt in Ihren Händen, in den Händen von 21 SPÖ-Bundesräten, über 1 Prozent des österreichischen Strombedarfs zu entscheiden. Es liegt sogar in der Hand eines einzelnen Bundesrates, über 1 Prozent zu entscheiden. Es irritiert mich, wenn Sie sagen: Wir sind für Ökostrom, wir waren es gestern, wir sind es morgen. – Seien Sie es doch auch heute, bitte! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ. – Zwischenruf des Bundesrates Schabhüttl.)*

Wir haben ein klares Ziel, nämlich ein Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, um bestehende Anlagen und neue Anlagen entsprechend in ein Gesamtkonzept einzubinden. Wir brauchen unsere Biomasseanlagen, um die es heute geht, um die Importabhängigkeit zu reduzieren, Arbeitsplätze zu sichern und für regionale Wertschöpfung zu sorgen. Wir brauchen sie auch für die Landwirtschaft, weil wir ein Problem mit sehr viel Schadholz durch den Borkenkäfer im vergangenen Jahr haben, und genau dieses Schadholz kann in den Biomassewerken verstromt und in thermische Energie umgewandelt werden.

Es ist ein Gebot der Vernunft, bestehende Anlagen vor dem Ruin zu bewahren, und eine Demonstration der Unvernunft, dies aus Parteikalkül nicht zu tun. Allein in Niederösterreich geht es um 14 Anlagen, 1 290 Arbeitsplätze, die circa 140 000 Haushalte versorgen. Liebe KollegInnen aus Niederösterreich, bitte sagen Sie Ihren Firmen, Ihren Ökoanlagenbetreibern, sagen Sie den Mitarbeitern dort, ob das jetzt in St. Pölten ist, ob das in Aspangberg ist, dass Sie diese Anlagen nicht weiter unterstützen wollen! Sagen Sie aber nicht, dass zu wenig ist, was auf dem Tisch liegt, denn es ist dasselbe, was es bisher war! Es geht nur um eine Verlängerung. Sie müssen erklären, warum diese Anlagen geschlossen werden sollen.

Ich darf Herrn Landeshauptmann Kaiser zitieren. Er hat gesagt: „Es geht mir nicht besser, wenn es anderen schlechter geht.“ – Es geht niemandem von uns besser, wenn es 42 Anlagenbetreibern und Anlagen schlechter geht – im Gegenteil!

In dieser Gesetzesvorlage ist auch enthalten, dass jene Haushalte, die sich wirklich etwas schwerer tun, möglicherweise 300 000 Haushalte, von der Ökostromabgabe gänz-

lich befreit werden und dass damit ein Beitrag zur Bekämpfung der Energiearmut geleistet wird. Erklären Sie den Menschen auch das!

Wer Biomasse abdreht, dreht Atomstrom auf! Sie haben es in der Hand! (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

13.32

Vizepräsident Hubert Koller, MA: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Martin Weber. Ich erteile es ihm.